

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

66 (19.3.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,80 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3700 II.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hiltelstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamthalt: A. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die 6spaltige Millimeterzeile (48 Millimeter breit) 8 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluss der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Flugvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 66

Montag, den 19. März 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Deutschland hat jetzt die Antwort an Frankreich in der Abrüstungsfrage veröffentlicht, in der noch einmal der ehrliche Wille zur Verständigung über die Abrüstung dargelegt wird.

In Rom ist das Dreiergespräch durch Unterzeichnung zweier Protokolle abgeschlossen worden.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hielt am Freitag an dem Jahresbankett der Amerikanischen Handelskammer eine grundlegende Rede über die Weltschuldfrage, in der er einen Appell an die Gläubiger Deutschlands richtete.

In Riga wurde das neue lettische Kabinett gebildet. Ministerpräsident ist Umanis, der Führer des Bauernbundes, der zugleich auch das Außenministerium übernommen hat.

Der französische Senatsausschuss hat in einer Sitzung „angesichts der Aufrüstung Deutschlands“ jede Abrüstung abgelehnt.

Die französische Zeitung „Deux“ will aus sicherer Quelle wissen, daß über den Beitritt Rußlands zum Völkerbund zwischen Frankreich und Rußland volle Übereinstimmung bestehe.

Auf der zweiten Fünfsjahresversammlung des Faschismus sprach Mussolini über die Außen- und Innenpolitik Italiens, wobei er zum erstenmal wieder seit einiger Zeit in scharfer Form die Notwendigkeit der Gleichberechtigung für die im Weltkrieg unterlegenen Staaten betonte.

Reichsjugendführer Baldur von Schirach äußerte sich auf einer Kundgebung der HJ. in Halle eingehend über konfessionelle Jugendzweige.

Der amerikanische Schwindler Inzull hat Griechenland verlassen und befindet sich wieder auf hoher See.

Beim Brande eines japanischen Krankenhauses in Tschifu kamen 41 Personen ums Leben.

Anlässlich einer SPD-Versammlung in Danzig kam es zu wilden Tumulten. Drei Personen wurden verletzt.

Schwere Unwetter haben an der französischen Atlantikküste wie auch in ganz Frankreich schweren Schaden angerichtet.

Der Gesundheitszustand der Königinmutter der Niederlande hat sich erheblich verschlechtert.

Der Führer in Nürnberg

Nürnberg, 18. März. Reichskanzler Adolf Hitler stattete am Sonntag der Stadt einen überraschenden Besuch ab. Um 13.15 Uhr traf der Führer mit seiner Begleitung mit dem Flugzeug aus Berlin auf dem Nürnberger Flughafen ein. Der Kanzler besah sich sofort im Kraftwagen zum Tiergartengebäude, wo in einem der Säle die neue Kasse und Plankassen aufgestellt sind. Nach dem Vortrag des Oberbürgermeisters Heibel gab der Führer neue richtunggebende Anweisungen für die zukünftige Ausgestaltung des Gebäudes. Nach einer kurzen Rast im „Deutschen Hof“ feste der Führer kurz vor 16 Uhr die Fahrt im Kraftwagen nach München fort.

Reichsbankausweis vom 15. März 1934

Berlin, 18. März. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. März 1934 hat sich in der verflochtenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Wertpapieren um 25 Mill. auf 3593,5 Mill. RM verringert. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 28 Mill. RM in die Kassen der Reichsbank zurückgelassen. Der Umlauf an Scheidemünzen nahm um 20,7 Mill. auf 1411 Mill. RM ab. Die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen hoben sich auf 60,9 Millionen RM, vermindert, diejenigen an Scheidemünzen unter Berücksichtigung von 6,4 Mill. RM neu ausgeprägter und 5,7 Mill. RM wieder eingezogener auf 238,2 Mill. RM, erhöht. Die fremden Gelder zeigten mit 535,3 Mill. RM eine Zunahme um 15,9 Mill. RM. Die Bestände an Gold und deckungsunfähigen Devisen haben sich um 44,8 Mill. auf 274,5 Mill. RM vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 47,2 Mill. auf 263,7 Mill. RM abgenommen dagegen die Bestände an deckungsunfähigen Devisen um 2,4 Mill. auf 8,7 Mill. RM zugenommen. Die Deckung der Noten betrug am 15. März 1934 8,2 Prozent gegen 9,4 Prozent am 7. März ds. Js.

Deutschlands Antwort an Frankreich

Wortlaut des deutschen Memorandums

Berlin, 18. März. Das dem französischen Botschafter in Berlin am 13. März überreichte Memorandum der Reichsregierung zur Abrüstungsfrage hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat jederzeit aus dem ihr von dem Herrn französischen Botschafter am 14. Februar übermittelten Aide-Memoire entnommen, daß die Auffassung der französischen Regierung über das Abrüstungsproblem zwar noch in wesentlichen Punkten von dem deutschen Standpunkt abwich, daß die französische Regierung aber, ebenso wie die Deutsche Regierung, nach wie vor das baldige Zustandekommen einer Abrüstungskonvention anstrebte, und daß sie trotz der herangezogenen Meinungsverschiedenheiten den Gedankenaustausch mit der deutschen Regierung fortzusetzen wünschte. Die deutsche Regierung hat gleichwohl zunächst von einer Antwort auf das Aide-Memoire abgesehen, weil damals von der Königlich-Britischen Regierung dankenswerterweise informatorische Besprechungen zur Klärung des Standpunktes der einzelnen Regierungen einleitet wurden, und weil es ihr ratfam erschien, erst den Verlauf dieser Besprechungen abzuwarten. Sie möchte nunmehr die Antwort auf das Aide-Memoire vom 14. Februar nicht mehr länger hinauschieben. Sie hat den Eindruck gewonnen, daß die Ausführungen der französischen Regierung in vorliegenden Punkten von Mißverständnissen über die vorangegangenen deutschen Erklärungen beeinflusst worden sind. Es erscheint ihr wichtig, diese Mißverständnisse aufzuklären, um zu verhindern, daß die weitere Diskussion des Abrüstungsproblems dadurch beeinträchtigt wird.

Es handelt sich hierbei vor allem um folgende Punkte:

Die Nichtangriffspakte

1. Die französische Regierung vertritt in dem deutschen Memorandum vom 19. Januar eine klare Stellungnahme zur Frage der Tragweite der von Deutschland angebotenen Nichtangriffspakte und zu der Frage des Verhältnisses dieser Pakte zum Rheinpakt von Locarno. Sinn und Tragweite der Nichtangriffspakte ergibt sich, wie bereits bei früherer Gelegenheit dem Herrn französischen Botschafter dargelegt worden ist, aus der internationalen Praxis der letzten Jahre. Ueberdies stellt die inzwischen veröffentlichte und ratifizierte deutsch-polnische Erklärung vom 26. Januar ein in seiner Bedeutung völlig klares Beispiel dafür dar, daß Deutschland in der Verpflichtung, unter keinen Umständen zur Anwendung von Gewalt zu schreiten, bis an die denkbar äußerste Grenze zu gehen bereit ist. Was den Vertrag von Locarno angeht, so hat die deutsche Regierung nicht daran gedacht, ihn durch anderweitige Nichtangriffspakte abzuweichen. Sie hat auch die Gültigkeit dieses Vertrages niemals in Zweifel gestellt. Vielmehr hat sie, als die Frage von der französischen Regierung aufgeworfen wurde, lediglich darauf aufmerksam gemacht, daß sich aus der künftigen Form der internationalen Zusammenarbeit möglicherweise Momente ergeben, die eine Annullierung des Vertrages an diese Form als notwendig oder, als erwünscht erscheinen lassen könnten. Es würde sich dabei aber nach Ansicht der deutschen Regierung stets nur um juristisch-technische Modifikationen, nicht dagegen um Modifikationen des politischen Gehalts der Vertragsbestimmungen von Locarno handeln. In diesem Zusammenhang möchte die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß, wenn das Abrüstungsproblem geregelt ist, auch der Zeitpunkt gekommen sein wird, mit den anderen Mächten die Frage des künftigen Verhältnisses Deutschlands zum Völkerbund zu erörtern.

Die Abrüstungsverpflichtung

2. Das französische Aide-Memoire vom 14. Februar betont, daß die Bestrebungen der deutschen Regierung von einer „irrigten Feststellung“ ausgingen, der Feststellung nämlich, daß eine wirklich einschneidende Abrüstung zur Zeit nicht erreichbar sei. Demgegenüber möchte die deutsche Regierung nochmals hervorheben, daß ihr selbstverständlich nichts erwünschter sein kann, als daß in der Abrüstungskonvention möglichst weitestgehende Mäxtungsbeschränkungen festgelegt werden. Sie hat in ihrem Memorandum vom 19. Januar in dieser Beziehung lediglich feststellen zu müssen geglaubt, daß die hochgerüsteten Staaten in ihren bis jetzt vorliegenden Erklärungen keine Abrüstungsmassnahmen angenommen haben, die einschneidend genug wären, um den Ausgangspunkt der deutschen Vorschläge zu ändern. Insbesondere hat die französische Regierung selber in ihrem Aide-Memoire vom 1. Januar nach dem Aide-Memoire vom 14. Februar Abrüstungsmassnahmen in Aussicht gestellt, die so bewertet werden könnten, daß damit die Frage des künftigen deutschen Rüstungsstandes im Sinne der Fünfmächterklärung vom 11. Dezember 1932 als von selbst erledigt anzusehen wäre. Im übrigen dürfte es jetzt weniger darauf ankommen, wie hoch oder wie niedrig die von den einzelnen hochgerüsteten Staaten angebotenen Abrüstungsmassnahmen ideell zu bewerten sind, als vielmehr darauf, sich in einer Konvention über die tatsächlichen Folgen zu verständigen, die aus der gegebenen Sachlage zu ziehen sind.

Die Kontrollfrage

3. Auch in der Kontrollfrage scheint die Kritik, die die französische Regierung an den Ausführungen des deutschen Memorandums vom 10. Januar übt, der Hauptfrage nach auf einem Mißverständnis zu beruhen. Die deutsche Regierung hat für die Einführung der internationalen Kontrolle keine andere als die selbstverständliche Bedingung gestellt, daß sich diese Kontrolle

für alle Länder völlig paritätisch auswirkt. Sobald man sich über die materiellen Bestimmungen der Konvention, d. h. über die vertragliche Festlegung des künftigen Rüstungsstandes der einzelnen Länder geeinigt hat, erledigt sich die Frage der Auswirkung der Kontrolle von selbst. Es bleiben alsdann nur noch die technischen Einzelheiten der Kontrolle zu behandeln, deren Regelung keinerlei Schwierigkeiten verursachen und deren Erörterung daher besser auf ein besseres Stadium der Verhandlungen zu verschieben sein dürfte. Für den Augenblick sollte es genügen, festzustellen, daß die deutsche Regierung durchaus damit einverstanden ist, wenn die Kontrolle möglichst wirksam gestaltet wird, und wenn sie gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der Konvention zu funktionieren beginnt.

Politische Organisationen

4. Mit der Kontrollfrage hängt ein anderer Punkt zusammen, den die französische Regierung nach den Ausführungen ihres Aide-Memoire vom 14. Februar besonders in den Vordergrund stellen zu wollen scheint. Das ist die Frage der Beurteilung der in Deutschland bestehenden politischen Organisationen. Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkt, daß diesen Organisationen kein militärischer Charakter beigegeben werden kann. Die französische Regierung glaubt eine andere Auffassung vertreten zu sollen. Das ist eine Meinungsverschiedenheit über eine reine Tatsfrage. Kann es für die Vereinerung einer solchen Meinungsverschiedenheit einen besseren und natürlicheren Weg geben als die Anwendung des in Aussicht genommenen Kontrollverfahrens auf derartige politische Organisationen in allen Ländern, wie sie von der deutschen Regierung ausdrücklich angenommen worden ist? Die französische Regierung glaubt hiergegen einwenden zu können, daß auf diese Weise die Entscheidung eines wichtigen Punktes auf die Zeit nach dem Inkrafttreten der Konvention verschoben werden würde, und daß es bei der ersten Anwendung der Kontrolle zu ersten Mißverständnissen kommen müßte. Dieser Einwand ist schon deshalb gegenstandslos, weil nach Ansicht der deutschen Regierung schon vor Unterzeichnung der Konvention Klarheit darüber geschaffen werden muß, was unter dem militärischen Charakter von Verbänden außerhalb des Heeres zu verstehen ist. Die deutsche Regierung würde durchaus mit einer vertraglichen Festlegung konkreter, für alle Länder geltender Verbote einverstanden sein, die sicherstellen, daß Verbände außerhalb des Heeres keine militärischen Waffen und keine militärische Ausbildung erhalten, und daß sie auch sonst in keiner organisatorischen Beziehung zur Wehrmacht stehen. Außerdem kann aber die französische Regierung davon überzeugt sein, daß sich Deutschland seinerseits niemals dem Risiko aussetzen wird, nach Inkrafttreten der Konvention den begründeten Vorwurf ihrer Verletzung auf sich zu ziehen. Es versteht sich von selbst, und die französische Regierung wird nicht bestreiten wollen, daß die deutsche Regierung für die Durchführung der von ihr in der Konvention übernommenen Verpflichtungen voll einsteht, und daß sie keine Konvention unterzeichnen würde, deren locale Erfüllung sie nicht gewährleisten zu können glaubt.

Berechnung der Personalstärken

Scheidet man die vorstehend erwähnten Mißverständnisse und die damit zusammenhängenden Ausführungen des Aide-Memoire vom 14. Februar aus, so bleiben als Kernpunkte der Meinungsverschiedenheit zwischen der deutschen und der französischen Regierung noch die beiden Fragen, auf die bereits im Schlußteil des deutschen Memorandums vom 19. Januar zusammenfassend hingewiesen wurde: Einmal die Frage gewisser Modalitäten, hinsichtlich der Berechnung der Personalstärken, und zweitens die Frage des Zeitpunktes der Ausstattung der künftigen deutschen Armee mit Verteidigungswaffen. Zu der Frage der Personalstärken glaubt die deutsche Regierung aus dem letzten französischen Aide-Memoire entnehmen zu können, daß die französische Regierung bereit ist, die im französischen Mutterland stationierten Ueberseetruppen in die Berechnung der beiderseitigen Personalstärken einzubeziehen und außerdem für alle Ueberseetruppen eine vertraglich festzusetzende Höchstzahl anzunehmen. So erwünscht diese Präzisierung des französischen Standpunktes ist, läßt sie doch die Tatsache außer Betracht, daß bei der Berechnung der Personalstärken billigerweise auch diejenigen Ueberseetruppen mitberücksichtigt werden müßten, die zwar nicht im Mutterlande selbst, aber doch so stationiert sind, daß sie derzeit un schwer zu militärischer Verwendung in das Mutterland transportiert werden können. Außerdem können hierbei auch die ausgebildeten Reserven nicht außer Betracht bleiben.

Die Umwandlung der Reichswehr

Was den Zeitpunkt der Ausstattung der künftigen deutschen Armee mit den notwendigen Verteidigungswaffen anlangt, so hat die französische Regierung, auch im Aide-Memoire vom 14. Februar keinerlei Grund angegeben, der es rechtfertigen könnte, diesen Zeitpunkt nach um Jahre hinausschieben, damit die Diskriminierung Deutschlands zu verlängern und der deutschen Armee während der Periode der Umwandlung der Reichswehr in ein Heer mit kurzer Dienstzeit die volle militärische Verwendungsfähigkeit vorzuenthalten. Die deutsche Regierung glaubt von einer nachmaligen Begründung ihres Standpunktes in dieser Frage absehen zu können.

ger!
fahren
ble ich
von
it mit
0 Sab-
hren
weiter-
80129
Westf.
ast
reiniht
geun-
Arte-
obem
Larm-
Eit-
einma-
über-
reser-
ienfte.
s M-
3.-
chenur
i Apo-
Drage-
en, be-
vome
sliegt.
G. m.
b. S.
über
stariell
bige
vorte
Berl.
ng
uhigen
mieren
Nr. 187
ung
l. Et-
rub, u.
y. alt.
Zuli ob.
ter Nr.
päter
Ride
e unter
kauf.
u d. c.
Niegel-
bedekt.
ndungs-
en
se 14
ff
lungen.
ll. gen-
verkauft.
Dr. F.
St. Nr.
d. 3 fl.
e Ret-
llig zu
e 20.
gen
tr 21. I.
härtnen)
6, II. r.
ten.
a.
ng
r. Licht
1. Juli
aufgeben
6 Uhr.
a.
ng
i Bent-
April zu
othefle.
ffel
e 11.
le
umpden
se 96.

Die Vorschläge Italiens und Englands

Im übrigen stehen aber die deutsche Regierung und die französische Regierung vor der Tatsache, daß die Königlich-Britische Regierung vor mehreren Wochen mit ihren bedeutenden Vorschlägen für die Gestaltung der Abrüstungskonvention hervorgetreten sind. Die Vorschläge beider Regierungen bewegen sich weitgehend in der gleichen Richtung und dürften wesentlich zur Klärung der Lage beigetragen haben. Sie sind deshalb von der deutschen Regierung begrüßt worden. Sicherlich bleiben wichtige Punkte dieser Vorschläge noch zu erörtern. Die deutsche Regierung glaubt jedoch schon jetzt sagen zu können, daß sie geeignet sind, die Verständigung zwischen ihr und der französischen Regierung zu erleichtern und zu beschleunigen.

Die Diskussion ist jetzt so weit fortgeschritten, daß sich zwei Wege abzeichnen, auf denen man zu einer Lösung gelangen kann. Man kann entweder eine Konvention mit kürzerer Geltungsdauer, etwa von fünf Jahren, wählen, die sich mit der Vermittlung der Rüstungen der hochgerüsteten Staaten auf ihren gegenwärtigen Stand bezieht, oder man kann in die Konvention gewisse Abrüstungsmassnahmen der hochgerüsteten Staaten einbeziehen und ihr dafür eine längere Geltungsdauer verleihen. Die vertragliche Festlegung des künftigen deutschen Rüstungsstandes würde in beiden Fällen im wesentlichen die gleiche sein müssen, da auch bei einer Regelung der zweiten Art, wie bereits oben hervorgehoben, nicht mit Abrüstungsmassnahmen gerechnet werden kann, die für die Bewirklichung der deutschen Gleichberechtigung von Belang wären. Daß von Deutschland unter keinen Umständen mehr ein Rüstungsstand, wie er im Versailleser Vertrag festgelegt wurde, in Betracht kommen kann, ist eine von allen Seiten längst anerkannte Tatsache. Von dieser Tatsache gehen nicht nur die letzten Vorschläge der Königlich-Britischen Regierung und der Königlich-Italienischen Regierung, sondern auch alle Vorschläge aus, die seit dem französischen Plan vom 14. November 1932 auf der Abrüstungskonferenz zur Diskussion gestellt worden sind. Die deutsche Regierung selbst hat sich in den Vorschlägen, die sie zuletzt für das Rüstungsregime Deutschlands während der Dauer der ersten Abrüstungskonvention gemacht hat, eine so weitgehende Beschränkung auferlegt, daß sie bei dem Minimum dessen anelängt ist, was zur Anbahnung der Sicherheit und zur Verteidigungsmöglichkeit des Landes in diesem Zeitabschnitt erforderlich ist. Sie hat auf alle Abrüstungsmassnahmen von vornherein verzichtet und hat stets erklärt, daß sie jede auch noch so weitgehende Rüstungsbeschränkung ablehnen würde, wenn dies auch seitens der anderen Mächte geschieht. Sie hält auch jetzt alle Voraussetzungen einer Verständigung für gegeben und ist der Ansicht, daß es nur noch auf den Entschluß zu dieser Verständigung ankommt.

Die französische Note an England

Frankreich stellt neue Sicherheitsforderungen.

Paris, 17. März. Die französische Antwort auf die englische Denkschrift in der Rüstungsfrage ist im Laufe des Samstagabend dem französischen Botschafter in London gerichtet worden. Eine Mitteilung darüber, ob sie im Foreign Office bereits überreicht worden ist, liegt hier noch nicht vor. Möglicherweise wird die Ueberreichung wegen des Wochenendes erst am Montag erfolgen.

Die französische Antwort ist ziemlich lang. Sie umfaßt acht Schreibmaschinenseiten. Der diplomatische Mitarbeiter der Tages-Agentur will die Hauptgedanken des in dieser Note zum Ausdruck gebrachten französischen Standpunktes kurz umreißen können. Die französische Regierung solle dem von der englischen Regierung gestellten Ziel, der Aufrechterhaltung des Friedens, Anerkennung. Sie erkenne auch an, daß die Ausöhnung unter den Wältern hierfür die unerlässliche Voraussetzung sei, bestohe jedoch, daß diese Ausöhnung nicht unter zweideutigen Umständen erfolgen könne. Frankreich habe bereits seit 1919 seine Truppenbestände um mehr als die Hälfte im Verhältnis auf die Truppenstärke von 1914 herabgesetzt und seiner Militärorganisation einen ausgesprochenen Verteidigungscharakter gegeben. Somit habe Frankreich seinen Friedenswillen hinreichend bewiesen. Wenn man Frankreich heute vorschläge, auf dem Abrüstungswege noch weiter zu gehen, lehne es das nicht grundsätzlich ab, vorausgesetzt, daß seine Sicherheit nicht gefährdet werde.

Arbeiter, Bauern, Bürger!
Die NS.-Volkswohlfahrt steht Euch offen,
werdet noch heute Mitglieder!

Dittha will Dinnen.

Roman von Klara Haidhausen.

Arscherechtschuss durch Verlagsanstalt Wanz, Regensburg.
32. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

In späteren Jahren hatte ihr Studium sie oft mit Aussprüchen großer und gelehrter Männer bekanntgemacht, welche Frömmlichkeit und Frömmigkeit als die Mutter aller Tugenden feierten, als das Sonnenlicht, in dem allein der Mensch die guten und edelsten Eigenschaften voll entfalten kann. — Damals wußte sie noch nichts von aller Philosophie der Freude. Aber sie empfand instinktiv die beglückende Wärme, die von dem sonnigen Menschentum Franz Hormanns ausstrahlte, fühlte, daß ein Mensch, der so viel freudige Lebensbejahung und Lebenskraft in sich trägt ein wahrhaft guter Mensch sein müsse, ein prächtvoller Kamerad, mit dem es sich gut wandern ließe allerwege.

Sie war unendlich glücklich darüber, daß er sich diese Herzenssonne bewahrt hatte, auch in all dem Schwerm, das über ihn hinweggegangen war. — Daß er sie hinübergerettet hatte über den Verlust seiner Liebe, durch den Blutauswurf des Weltkriegs, durch all die Jahre der Einsamkeit.

Dittha hatte ja im Ernst nie daran gezweifelt, daß dem so war — was so fest in einem Menschen verankert ist, kann ihm nicht leicht verlorengehen. Aber trotzdem empfand sie die Bestätigung, daß Franz Hormann der Gleiche geblieben war wie ein unendlich köstliches Geschenk. Und ihre Seele war voll heißen Dankes und voll eines Glücksgefühls, das keine Grenzen kannte.

V.

In Dithas schöner Villa am Bierwaldbüchlersee stand die achte Lore Berger in einem schlichten weißen Tennisleid unter der offenen Verandatüre und spähte ungeduldig den hellen Parkweg hinunter, der die Villa mit der Klinik verband. — Wo blieb er nur so lange!

England zur Ueberreichung der deutschen Antwortnote

DNB. London, 18. März. Der Inhalt der deutschen Antwortnote an Frankreich wird von der englischen Sonntagspresse in großer Aufmerksamkeit wiedergegeben.

Im Berliner Bericht der „Sunday Times“ wird unter Hinweis auf das deutsche Angebot eines deutsch-französischen Nichtangriffspaktes erklärt, daß eine solche Verständigung dem deutsch-polnischen Abkommen entsprechen würde. Die deutsche Antwort ist in verständlichem Ton gehalten und lasse die Tore für weitere Verhandlungen weit offen.

Im „Observer“ wie auch in anderen Blättern wird das 2-fache deutsche Angebot hervorgehoben, entweder einen fünfjährigen Rüstungswaffenstillstand oder eine langfristige Abrüstungsvereinbarung abzuschließen.

„Sunday Express“ und „Sunday Dispatch“ heben hervor, daß nach deutscher Ansicht die Versailleser Vertragsbeschränkung für die deutschen Rüstungen nicht mehr in Frage kommen. Die arbeiterparteiliche Zeitung „People“ spricht von dem „vitalen“ deutschen Vorschlag an Frankreich.

Wahrung der Würde der Feiertage

Ausführungsverordnung zum Schutze.

DNB. Berlin, 17. März. Der Reichsinnenminister und der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda haben, wie die „Wandellhalle“ meldet, eine Ausführungsverordnung zu dem Gesetz über die Feiertage erlassen. Danach sind verboten alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten, die geeignet sind, die äußere Ruhe des Tages zu beeinträchtigen, sofern ihre Ausübung nicht nach Rechtsrecht besonders zugelassen ist. Weitergehende rechtsrechtliche Verbote werden hiervon nicht berührt. Das Verbot gilt nicht für den Betrieb der Reichspost und der Eisenbahnunternehmungen; für unaufschiebbare Arbeiten, die zur Vermeidung häuslicher oder landwirtschaftlicher Bedürfnisse, zur Abwendung eines erheblichen Schadens an Gesundheit oder Eigentum, im Interesse öffentlicher Einrichtungen oder Anstalten, zur Verhütung eines Notstandes oder zur Vorbereitung der am folgenden Tage stattfindenden Märkte erforderlich sind; für leichtere Arbeiten in Hausgärten, die vom Besitzer oder seinen Angehörigen vorgenommen werden.

Während der ortsüblichen Zeit des Hauptgottesdienstes sind verboten: 1. öffentliche Versammlungen, sofern hierdurch der Gottesdienst unmittelbar gestört wird; 2. alle der Unterhaltung dienenden öffentlichen Veranstaltungen, sofern nicht ein höheres Interesse der Kunst, Wissenschaft oder Volksbildung oder ein politisches Interesse vorliegt; 3. Auf- und Umzüge, sportliche und turnerische Veranstaltungen sowie Jagd- und Treibjagden auf Wild, sofern hierdurch der Gottesdienst unmittelbar gestört wird. Ausnahmen sind zugelassen.

Am Karfreitag und am Bußtag sind außerdem verboten: 1. sportliche und turnerische Veranstaltungen; 2. in Räumen mit Schanbetrieb musikalische Darbietungen jeder Art; 3. alle anderen der Unterhaltung dienenden öffentlichen Veranstaltungen ohne ernsten Charakter.

Veranstaltungen, wie zuletzt unter 2 und 3 genannt, sind auch am Helbigedenktage verboten.

Am Vorabend des Osters- und Weihnachtsfestes, am ersten Overtag und am ersten Weihnachtstag sind öffentliche Tanzveranstaltungen verboten, es sei denn, daß bei ihnen ausschließlich deutsche Volkstänze getanzt werden.

Zum Schutze staatlich nicht anerkannter kirchlicher Feiertage können die obersten Landesbehörden für Gemeinden mit überwiegend evangelischer Bevölkerung Bestimmungen für katholische kirchliche Feiertage erlassen. Als Orte mit überwiegend evangelischer oder katholischer Bevölkerung gelten die Gemeinden, in denen nach der letzten Volkszählung die evangelische oder katholische Bevölkerung mehr als die Hälfte der Bevölkerung zählt. Diese Verordnung ist mit dem 17. März in Kraft getreten.

Wilhelm Meyer-Förster gestorben

DNB. Berlin, 19. März. Wilhelm Meyer-Förster, der Dichter von „Altheidelberg“, ist am Samstag im Alter von 72 Jahren nach langem schweren Leiden gestorben.

„Altheidelberg“ ist das Theaterstück der Weltliteratur, das den größten Bühnenerfolg aller Zeiten errungen hat. Es ist in fast sämtliche Sprachen der Welt übersetzt worden. Gegenwärtig läuft es in jiddischanischer Sprache in Johannesburg und in japanischer Sprache in Tokio. Auch in Paris ist es im letzten Winter mehrere Wochen gegeben worden.

Die Einäscherung des verstorbenen Dichters findet am Dienstag in Wilmsdorf statt.

In der Veranda war der Tisch für zwei Personen gedeckt. In einem feingeschliffenen Kelchglas dufteten einige besonders schöne Teerosen — auf einem Nebentisch stand Wein im Eiswürler bereit. Dittha hatte angeordnet, daß Doktor Römer in jeder Weise verwöhnt werden sollte, und was hätte Lore lieber getan als das! Mit dem gewissenhaften Eifer war sie in die Erfüllung dieser Mission eingetreten und hatte in dem Glück, für den heimlich geliebten Mann sorgen zu dürfen, den Trennungsschmerz um die Freundin rascher verwunden, als sie es für möglich gehalten hatte.

Wer die kleine, anspruchslose Lore Berger heute — zehn Tage nach Dithas Abreise sah, besonders in diesem Augenblick sah, wo Dr. Römers schlank Gestalt zwischen den Säulen des Parkes sichtbar wurde, dem mußte es auffallen, wie sehr das stille, feine Mädchen ausgeblüht war, wie ihr ganzes Wesen überstrahlt und durchsonnt war von dem Widerschein einer großen, inneren Freude.

Dr. Römer beschleunigte den Schritt, als er Lore erblickte und schwenkte schon von weitem grüßend den hellen Hut. Sein Auge umfaßte mit freudigem Aufleuchten die zierliche, weiße Mädchengestalt, die ihm in erregter Ungeduld die rosenumwucherte Freitreppe herunter entgegen schritt.

Wie hübsch dieses Nachhausekommen jetzt immer war — es wurde einem ordentlich warm dabei ums Herz! So ganz anders als früher, wo eine zwar gut möblierte, aber doch recht leere Junggesellenwohnung auf einen wartete und ein Duzendmittageßen in irgend einem Hotel.

Lore schwenkte ein weißes Kuvert hoch wie eine Siegesfahne in der Luft. „Kommen Sie schnell, Doktor! Ich habe einen Brief von Ditha!“

„Wirklich?“ Mit einem leichten Sprung war er an ihrer Seite. „Und offenbar gute Nachrichten, weil Sie so vergnügt sind, nicht wahr?“

„Ja“, nickte Lore eifrig. „Sie schreibt recht froh und glücklich und voll Hoffnung für die Zukunft. — Hier, lesen Sie selbst, Doktor!“

An der Baustelle Unterhaching

Der Schauplatz des großen Staatsaktes vom 21. März.

München, 18. März. Am 21. März, vorm. 11 Uhr, wird der Führer an der Baustelle Unterhaching der Reichsautobahn München-Landsgrenze den Großkampf 1934 gegen die Arbeitslosigkeit eröffnen. Die Baustelle liegt bei Kilometer 8,3 der Reichsautobahn inmitten eines reizenden Landschaftsbildes am Rande des schier endlos um München gespannten Waldbürtels, im Hintergrund die reich bewegte Silhouette der Großstadt mit dem alten Ramersdorfer Kirchlein, eine der schönsten alten Dorfkirchen Süddeutschlands. Vor sich sieht man durch einen Einschnitt der Straße die Brecherrippe bei Schliersee im weißen Winterkleide. Die Baustelle ist ein buntes Durcheinander von Rollgleisen, Kipploren, Lokomotiven, Vermessungspfehlen, Baracken, kurz, was zu einem Straßenbauplatz von solchen Ausmaßen gehört. Das kommende Straßenbild hebt sich schon deutlich aus dem scheinbaren Gewirr heraus.

An diesem Bilde wird wegen des Staatsaktes nichts geändert. Es soll das Bild des Alltags, das Bild der Arbeit auch in dieser Stunde sein. Die Arbeiter werden im Arbeitsanzug mit den Arbeitsgeräten vor den Führer treten, die neu eingestellten 5000 Arbeiter in einer besonderen Gruppe. Insgesamt sind auf der Autobahn München-Landsgrenze zurzeit 2500 Mann eingesetzt, die sich um dieselbe Stunde auf den einzelnen Baustellen verammeln, um die Rede des Führers zu hören. An der Baustelle Unterhaching treten außerdem noch 2000 Arbeitsdienstmänner an, ferner je drei Vertreter sämtlicher (zweifellos) zurzeit im Bau begriffenen Reichsautobahnen. Das NSAA wird kostenlos Arbeitslose aus der Stadt hinbringen, damit sie sich an Ort und Stelle von dem unbegleiteten Willen, die Arbeitslosigkeit zu bezwingen, überzeugen können. Auch die Arbeitsfront wird mit sechs Sonderzügen 5000 Arbeiter zur Stelle bringen. Anwesend sind ferner 180 Pressevertreter aus der ganzen Welt, ebenso zahlreiche Filmgesellschaften. Selbstverständlich haben die bedeutendsten Politiker und Wirtschaftler Deutschlands ihr Erscheinen zugesagt.

Punkt 11 Uhr kommt der Führer auf die Baustelle. Der Generalinspektor des deutschen Straßenbaues, Dr. Loh, wird die Meldung über die Belegschaft der Reichsautobahn München-Landsgrenze und der übrigen Reichsautobahnen erstatten. Daran schließt sich eine Befichtigung der Baustelle; während dieser Zeit wird Reichsminister Dr. Göttsche von der Baustelle aus über alle deutschen Sonder 15 Minuten zur deutschen Arbeiterschaft sprechen. Dann spricht von einem Wagen aus der Führer selbst und teilt seine Pläne für das Jahr 1934 auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung mit.

Neue militärische Reserveformationen für England

London, 17. März. Ueber die Rekrutierung für das neue „Königliche Verteidigungskorps“, dessen Gründung im Unterhaus mitgeteilt wurde, ist jetzt eine amtliche Mitteilung vom englischen Kriegsministerium veröffentlicht worden. Die Rekrutierung wird auf frühere Soldaten der regulären und Territorialarmee beschränkt, die zwischen 45 und 60 Jahre alt sind oder unter 45 Jahren, falls sie ein ärztliches Zeugnis über ihre Untauglichkeit für den aktiven Dienst beibringen. Jeder Anwärter hat eine Erklärung zu unterzeichnen, daß er sich im Falle eines Kriegszustandes sofort zum Dienst in jedem Teile Englands melde. Die Erklärung wird gesetzlich bindend und ihre Nichtbefolgung strafbar sein. Bei ihrer Aufstellung werden die Mitglieder des Korps mit Uniformen und Waffen ausgerüstet. Die Aufgabe des Korps, dessen Charakter sehr stark in den der früheren Reserveformationen der englischen Territorialarmee erinnert, wird in der Hauptache die Bewachung strategischer Punkte sein.

Beitritt Rußlands zum Völkerbund?

Paris, 17. März. „Deux“ will aus sicherer Quelle wissen, daß über den Beitritt Rußlands zum Völkerbund zwischen Frankreich und Rußland volle Meinungsübereinstimmung besteht und daß die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und dem Quai d'Orsay kurz vor dem Abschluß ständen. Um zu vermeiden, daß Rußland mit dem Eintritt in den Völkerbund bis zur Vollversammlung im September warte, müsse man ein besonderes Verfahren anwenden. Die französische Regierung werde gelegentlich der Sitzung vom 18. April nicht nur die angeblichen Vertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland, sondern auch die Aufnahme Rußlands in den Völkerbund beantragen.

Es war, außer einer kurzen Karte, die das glücklich überstandene Debüt im Doktorhaus gemeldet hatte, die erste ausführlichere Nachricht von Ditha und die beiden Getreuen hatten schon mit Ungeduld darauf gewartet.

Mit einem lächelnden Blick in das heißgerötete junge Gesicht mit den strahlenden Augen zog Dr. Römer Lores Hand, die ihm den Brief entgegenreichte, durch seinen Arm. Wie rührend süß sie war, die Kleine, in ihrer selbstlosen Freude über das Glück der Freundin. Er hatte auf einmal den Wunsch, sie noch länger so für sich zu haben und nicht schon gleich im Haus drinnen an ihre wirtschaftlichen Pflichten abtreten zu müssen.

„Lesen kann ich nachher“, beschied er. „Ich möchte mir viel lieber zuerst alles von Ihnen erzählen lassen. — Bringt die Suppe noch ein wenig Warten?“

„Eigentlich nicht“, zögerte Lore. „Das Bärbeli in seiner Küche wird schon ein bißchen jappeln!“

„Also eigentlich doch!“ konstatierte der Doktor ungerührt. „Das Bärbeli verträgt ein bißchen Jappeln ganz gut. Los, Fräulein Lore!“

Er zog sie mit sanfter Gewalt die Treppe vollends hinunter und laufte, indes sie Seite an Seite durch die mittagsstillen Parkwege gingen, voll Interesse ihrem lebendigen Bericht von allem, was Ditha geschrieben hatte. Dabei war ein leises Staunen in ihm, daß er so ruhig dabei blieb.

Wie lange war es eigentlich her, daß er hier an eben dieser Stelle mit Ditha gegangen war, das Herz voll von ihrer Lebensbeichte und von der schweren Erkenntnis, daß für ihn nur ein Verzichten blieb? Wo war heute dieses bitter schneidende Weh, da doch jedes Wort — so schonend Lore es auch wußte in dem heißen Bemühen, dem geliebtesten Manne nicht allzu weh zu tun — aufs neue bestätigte, daß ihm die heißbegehrte Frau für immer verloren war, daß sie nur daran dachte, ihr Glück an immer anderen zu suchen und zu finden?

(Fortsetzung folgt.)